

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, Samstags und Montags nur einmal. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Preuss.-Berlin 10,- M., im voraus zahlbar. Für Postbezug nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Streifenband bezogen für Deutschland und Österreich 18,- M., für das übrige Ausland 24,50 M., postfrei. Belgien, Dänemark, per Brief für Deutschland und Österreich 26,- M., Mark. Redaktion, Expedition und Verlag: Berlin E. 2, Breite Straße 5-9.

Die achtseitige Wapen-Beilage über deren Raum kostet 5,- M., einschließlich Transportzuschlag. Keine Anzeigen: Das festgedruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M., einschließlich Transportzuschlag. Laufende Anzeigen laut Tarif. Familien-Anzeigen und Stellen-Befehle 1,50 M. netto pro Zeile. Stellen-Befehle in Wort-Anzeigen: das festgedruckte Wort 1,50 M., jedes weitere Wort 1,- M. Fernsprecher: Zentrum 15230-15239

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Drohungen in der französischen Kammer

Frankreichs Forderungen

Paris, 20. April.

In der heutigen Kammer Sitzung wurde in die Einzelberatung der Titel des Budgets für den Wiederaufbau eingetreten. Bei dem Titel über Vorschüsse und Abschlagszahlungen auf die Kriegsschäden erklärte Minister Doumer, er gebe zu, daß eine große Verzögerung in den Zahlungen eingetreten sei. Das werde abgeändert werden.

Finanzminister Doumer sagte, die Regierung kenne keine billigere Ausgabe, als die Schäden in der ehemaligen Kampfzone zu bezahlen. Im vorigen Jahre seien 7 Milliarden ausgegeben worden, in diesem Jahre 7 600 000 000. Die Gesamtsatz, die Frankreich zufalle, die aber Deutschland bezahlen müsse, belaufe sich auf 50 Milliarden Francs. Das könne natürlich nicht andauern, da der französische Schatz derartige Ausgaben nicht bezahlen könne. Es liege eine offensichtliche Unmoralität darin, daß das siegreiche Frankreich das begleitete müsse, was zu Lasten des Feindes gehe, der angegriffen habe, zu Lasten desjenigen, der nichts zu reparieren habe, der also kein Budget aufstellen könne. Damit Frankreich die verwüsteten Gebiete wieder aufbauen könne, müsse Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen, und es werde mit aller erforderlichen Energie vorgegangen werden, damit dies gelinge. (Beifall.)

Vor der Katastrophe

Der „Manchester Guardian“ über Gefahren des 1. Mai
M. London, 20. April.

Das führende liberale Blatt Englands, der „Manchester Guardian“, gibt in einem höchst beachtlichen Leitartikel der Besorgnis Ausdruck, daß es am 1. Mai zu einer wirtschaftlichen Tragödie in Europa kommen wird. Die englische Regierung, ganz in Anspruch genommen durch den Kohlenstreik, ist anscheinend teilnahmslos gegenüber Briands Drohungen, die belagern, Frankreich werde, falls nicht befriedigt, am 1. Mai auf eigene Faust und ohne jemanden um Erlaubnis zu fragen, sich materielle Vorkäufe verschaffen, d. h. zunächst die Ruhrkohlen- und Eisenerze, die Deutschland zu zwei Dritteln mit Kohlen und zur Hälfte mit Eisen versorgen, beschlagnahmen. Ihm dies tauben, würde den Ruin Deutschlands und gleichzeitig eines großen Teils Europas bedeuten. Diese furchtbaren Folgen herauszubekommen, heißt an Wahnsinn zu grenzen, und doch hat Briand mit der begeisterten Zustimmung der Kammer dies als sein Vorhaben erklärt. Die Franzosen verlieren die Geduld bei dem Verschleppungsspiel Deutschlands in der Bezahlung, und sie werden von Ganit erfaßt durch die Möglichkeit, daß sich Deutschland wieder erholen könnte. In dieser Angst vergessen sie ihre eigenen Interessen. Wenn sie Deutschland nicht zur Bezahlung bringen können, so können sie es, meinen sie, wenigstens ohnmächtig machen; möglicherweise könne ihnen gar beides mit einem Strich gelingen.

Kohlen und Eisen sind wertvolle Güter. Aus den Gruben im Saarbecken und in Elzah-Pothringen schöpfen die Franzosen schon soviel, wie sie selber brauchen. Die übrige Fördermenge könnten sie verkaufen. Natürlich bestünde dann keinerlei Aussicht mehr auf irgendwelche weiteren Zahlungen, wenngleich Frankreich nicht aufhören würde, sie zu verlangen. Aber ohne Kohlen und Eisen lassen sich keine Industrien betreiben. Die Franzosen würden vielleicht zu weiteren Sanktionen greifen, ihre Heere in das Herz Deutschlands einmarschieren lassen, dessen Industrie vollständig zugrunde richten und jede Schadenersatzzahlung ganz unmöglich machen. Für einen nichtern Betrachter sind diese Ausichten wenig verlockend, sie sind es nicht einmal vom französischen Standpunkt, von jedem anderen Gesichtspunkt sind sie einfach verhängnisvoll. Die wirtschaftliche Erholung Europas würde einen katastrophischen Rückschlag erleiden, ein neuer Krieg würde gegen einen zu Boden gestreckten, wehrlosen Feind erklärt. Wenn würde sich die Hände reiben. Derartige vertritt sich mit dem Friedensvertrage natürlich nicht. Er steht bei Nichterfüllung der Bedingungen seine eigenen Heilmittel vor. Die Eröffnung eines neuen Krieges und ein Einbruch in Deutschland sind nicht darunter. Ueberdies verlangt der Vertrag, daß jedes Vorgehen gemeinschaftlich sei, und es ist ja einleuchtend undenkbar, daß England sich an einem solchen alles vernichtenden Wahnsinn beteiligen könnte. Frankreich behauptet auch gar nicht, gemäß den Vertragsbedingungen vorzugehen.

Deutschland und England haben die schwere Verpflichtung, alles Mögliche zu tun, um dieses große Unheil abzuwenden. Dr. Simon hat erklärt, vor dem verhängnisvollen 1. Mai neue Vorschläge machen zu wollen gemäß dem von Frankreich selbst gebilligten Grundrahm wechselnder Jahreszahlungen, entsprechend einem vereinbarten Maßstabe, wie dem Umfange der deutschen Ausichten. Möge er dies schnell tun! England und Amerika ihrerseits müssen Frankreich darüber beruhigen, daß sie es nicht im Stich lassen wollen im Falle eines künftigen deutschen Angriffs. Ein förmliches Bündnis ist nicht möglich, ein enges und freundschaftliches Einvernehmen würde in seiner Wirkung auf

Deutschland dasselbe erreichen. Aber wenn kein wirklicher Bruch in den guten Beziehungen zwischen England und Frankreich und wachsende Entfremdung eintreten sollen, dann muß man auf französischer Seite auch den englischen Gesichtspunkt würdigen, der mehr und mehr Frieden in Europa und die Wiederherstellung des Handels verlangt. Richtig verstanden wäre das auch Frankreichs Interesse. Eins ist jedenfalls klar: Wir können uns nicht an einer Politik der Gewalttätigkeiten beteiligen, auf die gegenwärtig die französische Regierung lauzusteuern scheint. Versucht sie es damit, so muß sie es allein tun, auf die Gefahr einer irdlichen Schädigung Frankreichs selbst, seiner Bundesgenossen und Europas.

Longuet gegen die militärischen Vorbereitungen

Paris, 20. April.

Im „Populaire“ schreibt Jean Longuet, es bestätige sich, daß die Jahresklasse 1918 auch ihrerseits der Familie entrisen würde. „Intransigeant“ frage, welches Interesse gewisse Leute hätten, zu wiederholen, das sei der Krieg, der wiederbeginne. Longuet bemerkt dazu, man könne mit viel mehr Berechtigung fragen, welches Interesse die Leute, die der „Intransigeant“ genau kenne, daran hätten, zu erklären, das sei nicht der Krieg. Die Entsendung einer Verstärkung von 200 000 Franzosen nach Deutschland: könne man das als einen Zwischenfall ohne Bedeutung, als eine Palanterie — nach einem Ausdruck, den man Marshall Foch zuschreibt — bezeichnen? Um etwas Derartiges gegen einen Gegner zu rechtfertigen, der weder die Möglichkeit noch den Willen habe, sich zu schlagen, genüge es anscheinend, zu erklären, daß er einzelne Klauseln des Friedensvertrages nicht ausgeführt habe. Das genüge, um ohne irgendwelchen Schiedspruch die militärischen Maßnahmen zu ergreifen, die den Regierenden gefielen. Der Schiedspruch sei etwas für Schweden und Finnland, die kleine Schäden und kleine Ambitionen hätten, aber Deutschland gegenüber kenne man nur das Recht der Gewalt. Dies sei um so leichter, als keine Anwendung gefährlos sein werde, wie man den Franzosen sage.

Was die Alliierten vom Ruhrgebiet erwarten

Drahtmeldung unseres Korrespondenten

Frankfurt, 20. April.

Nach einer Meldung der Londoner „Daily Mail“, basieren die von den Alliierten vorgezeichneten Abgaben im Ruhrgebiet auf einer Jahresproduktion von 90 Millionen Tonnen Steinkohle und 25 Millionen Tonnen Braunkohle. Man erwartet einen Ertrag von 150 000 Pfund Sterling, gleich 8½ Milliarden französische Franken, pro Jahr.

Die bayrische Entwaffnungsfrage

Paris, 20. April.

Zu der heutigen Tempsmeldung über die Stimmung in England erklärt sich das Organ Lloyd Georges „Daily Chronicle“ für die Vornahme der von Frankreich in Aussicht genommenen Zwangsmahnahmen und begründet dies damit, daß die Abrüstung in Bayern nicht vollzogen und die Aburteilung der Schuldigen nicht begonnen habe. Der Standpunkt Englands sei, wenn Deutschland nicht zahle, so müsse England für die Zwangsmahnahmen sein und rufe Deutschland zu: Zahle deine Schulden, schicke deine Soldaten nach Haus, bestrafe die Schuldigen und du wirst deine vollen Eigentumsrechte zurückerhalten. Selbst Bayern müsse diese Politik anerkennen. Aber dadurch, daß man durch die Verzögerung der bayrischen Abrüstung den monarchistischen Gedanken in Bayern stärke, werden die deutschen Hochöfen nicht mit Kohle gefüllt. Da die obersteletischen Kohlegruben wahrscheinlich infolge der sich jüngst ergebenden polnischen Mehrheit in den Industriebezirken an Polen fallen werden, hat Deutschland weder die Kohlen des Ruhrbezirkes noch die in Oberschlesien zur Verfügung und deshalb wird es sich nicht mehr länger weigern können. Heute ist aber Deutschland in glücklicher Lage als Frankreich oder selbst England und will trotzdem seine Schulden nicht bezahlen. Daher wird es gezwungen werden.

Die Vorkonferenz in Lypnye

London, 20. April.

An der am Sonnabend in Lypnye beginnenden Beratung werden nicht, wie es ursprünglich hieß, auch Belgien, Italien und Japan teilnehmen, sondern es wird lediglich eine Zusammenkunft des englischen mit dem französischen Premierminister in Anwesenheit von deren Beratern stattfinden. Belgien, Italien und Japan werden erst bei der Besprechung der Entschlüsse gegenüber im Obersten Rate ihre Stellungnahme geltend machen können. Amerika wird ebenfalls erst dann durch eine offizielle Vertretung seinen Standpunkt vertreten.

Die englische Arbeiterklasse und die Wiedergutmachung

Die Krise, die die Wiedergutmachungsfrage heraufbeschworen hat, ist nicht nur eine Krise Deutschlands, sondern eine Krise der ganzen Welt. Diese Tatsache haben vor allem die Arbeiter Englands begriffen, die in der Schule der englischen Weltpolitik und der Weltwirtschaft großgeworden, die Zusammenhänge der durch die Wiedergutmachungsfrage gesteigerten internationalen Krise besser erkennen, als die großen Massen der in nationaler Befangenheit und Begrenztheit verharrenden Völker des europäischen Kontinents.

Einen erneuten Beweis dafür liefert uns das kürzlich von der englischen Arbeiterpartei (Labour Party) veröffentlichte Manifest über Arbeitslosigkeit, Frieden und Entschädigungsfrage, das soeben im „Vorwärts“-Verlag in deutscher Uebersetzung erschienen ist. Die hinter diesem Manifest stehende Arbeiterpartei, die Hunderttausende von Mitgliedern zählt, steht politisch rechts von der Unabhängigen Arbeiterpartei Englands, die die englische Arbeiterbewegung im Sinne der grundlegenden Prinzipien der Internationalen Sozialistischen Arbeitergemeinschaft, der sie angehört, zu beeinflussen sucht. Ihren Standpunkt in der Wiedergutmachungsfrage hat die Unabhängige Arbeiterpartei in den gemeinsamen Erklärungen der englischen, französischen und deutschen Delegierten der Internationalen Arbeitsgemeinschaft in Amsterdam niedergelegt. In manchen Punkten nicht so weitgehend, aber sachlich nicht minder scharf urteilt das Manifest der englischen Arbeiterpartei über die durch die Wiedergutmachungsfrage heraufbeschworene internationale Krise, die jetzt zum Kernpunkt der Weltpolitik geworden ist.

Das Manifest der englischen Arbeiterpartei wertet die gegenwärtige Krise vor allen Dingen als ökonomische Problem. Der Weltkrieg hat nicht nur einen Verlust von 40 Millionen Menschenleben, zu denen noch 10 Millionen Kriegskriegsgefangene zählen werden müssen, heraufbeschworen, er hat auch den gesamten Produktionsapparat der vom Kriege betroffenen Länder heruntergewirtschaftet und die Gesundheit der Arbeiter nicht minder herabgedrückt, wie die Leistungsfähigkeit der Maschinen und die Ertragsfähigkeit des Grund und Bodens. Die Friedensschlüsse der bürgerlichen Regierungen haben den Trümmerhaufen des Weltkrieges nicht beseitigt, sondern den Ruin und die Verzweiflung der Völker nur noch vermehrt. Weder sind die politischen Probleme des Weltkrieges gelöst, noch ist der internationale Wirtschaftsverkehr und der Apparat der Weltwirtschaft wiederhergestellt. Das ungeheure Gebiet Mittel- und Osteuropas ist noch immer fast vollständig von der Weltwirtschaft isoliert. Nicht nur die unermesslichen Gebiete des agrarischen Ostens mit seinen großen Rohstoffquellen, sondern auch die größte Produktionswerkstatt Europas, Deutschland, sind gleichsam durch Mauern von der internationalen Warenwirtschaft getrennt, und die Haltung der Entente in der Wiedergutmachungsfrage fördert nicht nur diese Isolierung, sondern läuft letzten Endes darauf hinaus, die Wirtschaft Mitteleuropas auf ein noch tieferes Niveau herunterzubringen.

Es ist klar, daß diese wahnsinnige Wirtschaftspolitik der siegreichen Regierungen die nachschärfsten Wirkungen auf das Wirtschaftsleben ihrer eigenen Länder ausüben muß. Das Manifest der englischen Arbeiterpartei untersucht das ganze Problem hauptsächlich unter diesem Gesichtspunkt und kommt zu dem Ergebnis, daß die arbeitenden Klassen der sogenannten „Siegerländer“ unter den Folgen der imperialistischen Friedensverträge nicht minder zu leiden haben, wie die Arbeiter der besiegten Länder. Insbesondere Englands, das auf den internationalen Warenverkehr angewiesen ist, leidet unter dem Verfall der europäischen Wirtschaft. England kauft wenig von Europa und verkauft ihm noch weniger. Der englische Exporthandel beträgt heute nur 71 Prozent des Handels von 1913. Im Jahre 1920 ist auf direktem Wege noch nicht ein Zehntel dessen nach russischen, deutschen und österreichisch-ungarischen Häfen verschifft worden, was im Jahre 1913 hinausgeschifft wurde. Die englische Ausfuhr nach Deutschland beträgt heute weniger als ein Siebentel der Ausfuhr von vor dem Kriege. Noch größer ist der Rückgang des englischen Exports nach den anderen Ländern Mittel- und Osteuropas. Insgesamt bedeutet das den Verlust von nahezu einem Sechstel des gesamten englischen Außenhandels. „Der Rückgang unseres Handels mit Deutschland, Rußland und Österreich allein“ — heißt es in dem Manifest — „reicht aus, um den größten Teil unserer heutigen Arbeitslosigkeit zu erklären.“

Das Manifest vertritt den Standpunkt, daß es ein schwerer Fehler sein würde, dieses Daniederliegen des englischen Handels mit fatalistischer Ergebung als unvermeidliche Folge des Krieges zu betrachten. Sicherlich konnte der Weltkrieg nicht ohne schwere wirtschaftliche Rückschläge vorübergehen. Aber der Krieg wurde unnötigerweise verlängert, um dem Gegner den Todesstoß zu verfehen, von dem Europa sich heute noch nicht erholt hat. Neben der Blockade gegen Deutschland, die noch sieben Monate nach dem Waffenstillstand aufrechterhalten wurde, war es vor allem die von England unterstützte Interventionenpolitik gegen Sowjetrußland, die den Ruin und den Verfall Mittel- und Osteuropas ver-

schärft hat. Das Manifest verlangt mit aller Entschiedenheit die Wiederaufnahme des Handels und die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Rußland. Aber nicht minder entschieden wendet es sich auch gegen den Versailler Friedensvertrag und die Politik der Entente in der Wiedergutmachungsfrage, die ein Unglück für die ganze Welt bedeutet. „Zehner“ — heißt es in dem Manifest — „erschient das größte Unrecht des Friedensvertrages im vollen Lichte: denn zehner ist der Betrag der Entschädigung festgesetzt.“

Grundsätzlich vertritt die englische Arbeiterpartei in der Frage der Wiedergutmachung den Standpunkt, daß Frankreich und Belgien für die grausamen Zerstörungen, die sie erlitten haben, entschädigt werden. Vom wirtschaftlichen Standpunkt aus würde die zweckmäßigste Form der Entschädigung die tatsächliche Wiederherstellung der zerstörten französischen Städte und Bergwerke durch deutsche Arbeit und deutsches Material sein. Mit Genugtuung erinnert das Manifest an den Vorschlag unseres von einem nationalistischen Norddeutschen getöteten Genossen Kurt Eisner, der freiwillige Arbeiterregimenter bilden wollte, um den Wiederaufbau Nordfrankreichs und Belgiens in Angriff zu nehmen. In scharfer Weise wendet es sich dann gegen die in Paris und London festgesetzte Entschädigungssumme, die weit über das hinausgeht, was Deutschland auch nur annähernd zahlen könne. Das ganze Verfahren der Entente sei unehrlich und ein Klug. Aber selbst wenn die Alliierten, wie gewöhnlich, im entscheidenden Augenblick ihre Forderungen hinausschieben und ermäßigen würden, bliebe die Aussicht auf unabsehbare Verwirrung und dauernden Militarismus, und das rufe wieder die dauernde Gefahr revolutionärer Erhebungen oder militärischer Revanche hervor.

Auf die politischen Konsequenzen geht das Manifest nicht näher ein, sondern wendet sich der ökonomischen Seite des Problems zu. Es erklärt, daß die Alliierten bei der Festsetzung der Entschädigungen mit ganz phantastischen, tatsächlich nicht vorhandenen Summen spielen. Würden die Forderungen der Entente durchgedrückt, so sehe Deutschland sich gezwungen, dies Jahr doppelt soviel auszugeben, wie sein Einkommen ausmacht. Das bedeute den Bankrott.

Aber nicht nur vom Standpunkt der Aufrechterhaltung der deutschen Finanz- und Volkswirtschaft, sondern noch mehr vom Standpunkt der Interessen der internationalen Arbeiterklasse wendet sich das Manifest gegen den Wiedergutmachungsplan der imperialistischen Regierungen. Die Durchführung der Entente-Forderungen bedeute die Ausrichtung eines ungeheuerlichen Schwindelsystems für die deutsche Arbeiterklasse, bedeute die Herunterdrückung ihrer Lebenshaltung, die notwendigerweise auch eine Senkung der Lebenshaltung der Arbeiter in den anderen Ländern nach sich ziehen müsse. Schon jetzt ist festgestellt worden, daß die Kosten der Lebenshaltung in Deutschland auf beinahe das Fünffache gegenüber dem Jahre 1913 gestiegen sind. Die Löhne sind aber um dieselbe Zeit nur auf das Fünffache gestiegen, was eine Herabdrückung der Lebenshaltung auf etwa ein Drittel der Vorkriegszeit bedeutet. Das Manifest schildert, nach den Berichten des Genossen C. R. Burton, die schwere Arbeit und das elende Leben der Bergarbeiter im Ruhrrevier. Es zitiert die Worte des englischen liberalen Publizisten Garbner, der nach seinem kürzlichen Besuch in Deutschland schrieb: „Wenn man durch die Schulen geht, so hat man das Gefühl, als ob eine ganze Generation von einem Gifthauch betroffen ist.“ Und es kommt zu dem Schlussurteil, daß die von der Entente geforderte Entschädigung nur gestiftet werden könne „durch den Export von im Grunde durch Gefangenearbeit hergestellten Waren, die von ausgepreßten Arbeitern unter Einmarschdrohungen produziert werden“.

Gegen diese ungeheuerliche Methode der „Wiedergutmachung“ wendet sich das Manifest nicht nur im Namen der Gerechtigkeit und Menschlichkeit, sondern auch im Namen der wohlverstandenen Interessen des englischen, wie des gesamten internationalen Proletariats. Die Ausrichtung des Schwindelsystems für die deutsche Arbeiterklasse auf Befehl der Ententeregierungen bedeute eine ungeheure Gefahr für die Lebenshaltung und den Existenzkampf auch der englischen Arbeiterklasse. Schon jetzt erhalten deutsche Arbeiter, bei derselben Vorbildung wie die englischen, weniger als ein Drittel der englischen Löhne. In Österreich liegt die Sache noch schlimmer. Für die deutschen und österreichischen Unternehmer ist das bei dem geringen Absatzstand insofern ein Vorteil, als sie mit niedrigen Arbeitskosten produzieren können. Aber gleichzeitig fördert amerikanisches, holländisches, britisches und sogar französisches Kapital in Deutschland ein, um mittels dieser Arbeitskräfte Profite zu machen. Was es dann tun wird, ist klar:

„Da es den Kontinent „durchdringt“ und sich aus dieser Quelle Profite stößt, wird es in einer starken Position sein im Kampf mit den britischen Arbeitern. Das Kapital wird verlangen, daß wir unsererseits die augenblickliche Lebenshaltung des Kontinents annehmen, die Lebenshaltung, wenig über dem Existenzminimum, wenn wir nicht unter dem ganzen Handel allmählich von uns fortgerollt sehen wollen. Das wird der hauptsächlichste, dauernde Gewinn des Kapitals aus dem Siege sein.“

Angesichts dieser furchtbaren Gefahr für die englische Arbeiterklasse, die sich in niedrigeren Löhnen, höherer Arbeitszeit, Zunahme der Arbeitslosigkeit und des allgemeinen Elends äußern wird, erhebt das Manifest der englischen Arbeiterpartei die Forderung nach einer grundlegenden Revision der Friedensverträge, nach Einstellung der militärischen und imperialistischen Abenteuer der Regierungen, nach Durchführung der Wiedergutmachung nicht auf dem Wege der Pariser und Londoner Forderungen, sondern der Verteilung der Rohstoffe der Welt durch eine internationale Autorität, entsprechend den Bedürfnissen jeder Nation.

Das Manifest gibt zum Schluss zu, daß es leicht sei, solche Pläne zu entwerfen, daß man aber nicht wirtschaftliche Uninteressiertheit als internationale Politik erreichen könne, während daheim die kapitalistische Monopol- und Profitpolitik regiert. Ein Sieg sei nur möglich durch die Wenderung der Machtverhältnisse zwischen den Klassen im eigenen Lande. Diese Schlussfolgerung, mag sie noch so vorläufig ausgedrückt sein, ist das wertvollste an dem ganzen Manifest, denn sie zeigt uns, daß die sonst so gemäßigten englische Arbeiterpartei sich unter dem Druck der zunehmenden internationalen Krise mehr und mehr dem Gedanken des proletarischen Klassenkampfes, dem Gedanken der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat zuwendet. Klar und entschieden ist dieser Gedanke nicht nur in den Beschlüssen der Wiener Konferenz, sondern in Verbindung mit der Wiedergutmachungsfrage, auch in den Erklärungen der Amsterdamer Konferenz der Internationalen Arbeitsgemeinschaft aus-

gedrückt worden, die damit die Richtlinien der internationalen proletarischen Politik für die nächste Zukunft vorgezeichnet hat.

Die Reichsjustiz vor dem Reichstag

Die gestrige Sitzung des Reichstags begann mit einem Schelmenspiel und endete mit der Ausrottung einer Tragödie. Die kommunistische Fraktion war fast vollständig erschienen. Man sah auch Herrn Reich aus Hamburg, der von seinen dortigen Parteigenossen ausgeschlossen worden ist und von dem das Gerücht geht, er wolle im Reichstag eine eigene Fraktion bilden. Einer fehlte: Paul Levi, der sich gestern, wie unsere Leser aus einer Meldung an anderer Stelle erfahren können, in Frankfurt a. M. gegen beleidigende Angriffe vor einem Gericht zu wehren hatte. Statt seiner war ein Schreiben von ihm eingetroffen, worin er erklärte, daß er bei seiner Wahl ein Manifest unterschrieben habe, das seiner Partei die Möglichkeit gebe, ihn zur Niederlegung seines Mandats zu veranlassen. Er widerrufe jetzt diese Unterschrift. Das Haus nahm diese Erklärung mit schallendem Gelächter auf; der kommunistischen Fraktion war sie anscheinend ganz überrascht gekommen, denn ihre Mitglieder hielten sich in verlegenen Schweigen. Dafür wird man wohl morgen ein Mehreres über die Disziplinwidrigkeit des früheren Vorsitzenden der kommunistischen Partei zu lesen bekommen.

Das Hauptinteresse der Sitzung konzentrierte sich dann auf die Begründung des Antrages der Unabhängigen Sozialdemokraten gegen die Ausnahmegerichte. Genosse Rosenfeld legte dar, daß die Ausnahmegerichte nicht nur die ohnehin auf die Interessen der bürgerlichen Klassen zugeschnittene Reichsverfassung verletze, sondern daß sie auch durch ihre Tätigkeit zeigen, wie sie zu Werkzeugen der Rachejustiz gegen irreführte Arbeiter geworden sind. Die Regierung habe behaupten lassen, daß die Ausnahmegerichte eine Beschleunigung des Rechtsverfahrens darstellten und den Angeklagten zugute kämen. In Wirklichkeit werden den Angeklagten alle Möglichkeiten der Verteidigung beschritten, ohne genügende Vorbereitung werden die Verfahren durchgeführt, die Arbeiter sind der wichtigsten Rechtsmittel beraubt, die ihnen beigegebenen Offizialverteidiger benehmen sich oft so, daß sie die Tätigkeit der Staatsanwälte noch in den Schatten stellen.

Ungeheuerliche Strafen sind bereits gefällt worden. Viele hundert Jahre Zuchthaus und Gefängnis wurden verhängt, in mehreren Fällen ist die Todesstrafe ausgesprochen worden. Angeblich richtet sich das ganze Verfahren gegen Verbrecher. Man will scheinbar nur die kommunistische Gewaltpropaganda treffen. In Wirklichkeit läßt die bürgerliche Klassenjustiz ihren Rachegefühlen gegen das gesamte Proletariat freien Lauf. Die Arbeiterklasse wird es nicht dulden, daß ein Teil ihrer Klassen-genossen, die irreführt durch falsche Parolen sich auf eine falsche Bahn haben locken lassen, einer blindwütigen Klassenjustiz zum Opfer fallen. Sie haben aus politischen Gründen gehandelt und sind keine gemeinen Verbrecher. Die Arbeiterklasse wird mit dem pukaufälligen Irrglauben selbst fertig werden, sie will keinen Bestand durch die bürgerliche Klassenjustiz!

Genosse Rosenfeld ließ keinen Zweifel darüber, daß die Verantwortung für diese unerhörte Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse die rechtssozialistische Partei zu tragen hat. Der Reichspräsident Ebert ist ihr Mitglied, er hat die Verordnung herausgegeben, es ist lediglich eine leere Ausrede, wenn er sich hinter verfassungsmäßige Bestimmungen versteckt. Vor der Geschichte ist die rechtssozialistische Partei mit der Verantwortung für diese Rachejustiz belastet. Wir warten ab, ob sie endlich den Willen ausbringen wird, an der Beseitigung der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiter mitzuwirken.

Der Reichsjustizminister Heinke erregte wiederholt den stürmischen Widerpruch unserer Genossen, als er die Ausnahmegerichtbarkeit als den Ausfluß höchster Gerechtigkeit verteidigen wollte. Im übrigen zeigte seine Rede, daß die Verfassung für die bürgerlichen Klassen nur ein Stück Papier ist, wenn es gilt, deren Interessen zu verteidigen. — Heute wird die Beratung dieses Punktes fortgesetzt.

Der Pleitegeier

Die Kommunisten tragen nach der kürzlichen Niederlage, die sie über das mitteldeutsche Proletariat herabgeschoren haben, immer noch eine Steigermensur zu. Sie gebärden sich wie die Lubenhorst-Vollstiller und behaupten, daß die sogenannte Aktion zum mindesten eine Art Stahlbad für das Proletariat gewesen sei. In den Orient, wo die kommunistische Taktik nicht praktisch erprobt werden konnte, wo die „neuen Methoden“ des revolutionären Kampfes nicht in Taten umgesetzt werden konnten, können die Kommunisten noch mit einem gewissen Anhang prahlen. In Mitteldeutschland aber, dem Wirkungsbereich des Marx Börs, ist die kommunistische Bewegung vollkommen gescheitert. Das ergab sich sehr deutlich bei den Betriebsratwahlen im mitteldeutschen Bergbau. Bisher liegen die Ergebnisse aus 40 Werken vor. Gewählt wurden 222 Mitglieder des Betriebsratvorstandes, 11 Kommunisten, 2 Unionisten und 1 fünfzig Dunderlöhner.

Aus diesen Zahlen ergibt sich der völlige Zusammenbruch der kommunistischen Bewegung in Mitteldeutschland, der ehemaligen Hochburg der K. P. D. Durch die Anwendung von „Reizmitteln“ zur Erzeugung der proletarischen Revolution hat das sogenannte rote Herz einen so starken Sturz erlitten, daß jetzt der Pleitegeier über der Provinz schwebt; mit der kommunistischen Bewegung ist es vorbei. Es wird schwer halten, die Tausende von Arbeitern die ausgiebig den kommunistischen Parolen folgten, der sozialistischen Bewegung zu erhalten. Einstweilen hat die Reaktion den Erfolg und die politische Indifferenz. Eine Kistenarbeit wird notwendig sein, um aus dem Trümmerhaufen, den die kommunistische Taktik hinterlassen hat, wieder blühendes Leben zu entfachen.

Abrüstung und Kriegsmaterialherstellung. Bei Beginn der Sonnabend-Sitzung des Verwaltungsrates des internationalen Arbeitsamtes hat der Rat die Delegierten ernannt, die in der beratenden Kommission einen Sitz haben werden, die mit der Untersuchung der Frage der Abrüstung und der privaten Fabrikation von Munition und Kriegsmaterial beauftragt ist. Joubert (Frankreich), Oudegeest (Holland) und Borberg (Schweden) wurden durch die Arbeitergruppe benannt. Die Arbeitergehergruppe weigerte sich, an der Abstimmung teilzunehmen.

Der Ausfuhrhandel der Beerdigten Station ist im März sehr zurückgegangen. Im Vergleich zum März des Vorjahres ist die Ausfuhr um 12, die Einfuhr um 48 Prozent gesunken.

Das Ministerium Stegerwald

Hinauswurf der Rechtssozialisten — Bürgerliche Konzentration

Die preussische Regierungskrise ist vom Zentrum und von den Demokraten mit der Begründung hervorgerufen worden, daß die Majorität für die alte Koalition zu schwach sei. Sie soll jetzt dadurch beendet werden, daß Zentrum und Demokraten allein eine Regierung bilden, die also eine reine Minderheitsregierung ist. Damit ist völlig erwiesen, daß die Sorge um die Majorität ein bloßer Vorwand, und daß der Zweck der Uebung die Herabdrückung des rechtssozialistischen Einflusses bis zur völligen Bedeutungslosigkeit gewesen ist. Dieses Ziel suchten die beiden bürgerlichen Parteien durch die Aufnahme der Sinnespartei in die Regierung zu erreichen. Da dies nicht gelang, da die Rechtssozialisten für Monarchie und großkapitalistische Wirtschaft die Arbeitermassen zu verlieren, haben die Bürgerlichen eine verkappte Sinnesregierung gebildet. Denn diese Minoritätsregierung ist, da Demokraten und Zentrum nur etwa über ein Viertel der Stimmen im Landtag verfügen, auf die Unterstützung der Rechtsparteien angewiesen und wird sich in ihrer Politik danach richten müssen. Vor die entscheidende Wahl zwischen den Sozialdemokraten und den Rechtsparteien gestellt, haben die bürgerlichen Parteien eine Klassenpolitik getrieben und die Rechtssozialisten aus der Regierung gedrängt. Während bei den verschiedenen früheren Gelegenheiten die Rechtssozialisten die Bildung einer reinsozialistischen Regierung stets mit dem Argument abgelehnt hatten, daß diese über keine Mehrheit verfügen würde, obwohl damals die reale Macht in viel höherem Maße auf Seiten einer solchen sozialistischen Regierung gewesen wäre, haben die bürgerlichen Parteien auf dieses demokratische Grundprinzip gepfiffen und ihre Minderheitsregierung gebildet.

Es heißt den wirklichen politischen Sinn dieser Vorgänge vollständig mißverstehen und sie den Arbeitern verüßeln, wenn Eduard Bernstein in einem unglaublich naiven Artikel unsere Partei für diese Entwicklung verantwortlich zu machen sucht. Er meint, die unabhängigen Sozialdemokraten hätten ihre Bereitwilligkeit zur Unterstützung der Koalitionsregierung oder zum Eintritt in die Regierung erklären sollen. Ihre drei Stimmen wären ja sehr wichtig gewesen. Bernstein versteht also nicht, daß es sich nicht um die Herausrechnung einer Majorität, sondern um eine Entscheidung im Klassenkampf handelt, die die bürgerlichen Parteien gefällt haben. Er begreift — im schärfsten Gegensatz selbst zu seiner eigenen Parteipresse — noch immer nicht, daß Zentrum und Demokraten nicht einmal mit den Rechtssozialisten mehr unter den bisherigen Bedingungen zusammenarbeiten wollten, geschweige denn, daß diese bürgerlichen Parteien auch nur im Traume daran gedacht hätten, eine Regierungspolitik zu treiben, die so beschaffen gewesen wäre, daß sie unsere Unterstützung hätte finden können. Er versteht also nicht einmal die Tatsachen, die der „Vorwärts“ den „Rechtsrutsch der bürgerlichen Mittelparteien“ nennt.

Formell wird sich die Regierungsbildung so vollziehen, daß Herr Stegerwald wegen der „Bindung“, die das Zentrum zwar noch immer leugnet, aber die Demokraten anerkennen, sein Amt zunächst niederlegen und sich dann mit den Stimmen der bürgerlichen Parteien wiederwählen lassen wird; ein etwas schöbiger Trick. Denn in Wirklichkeit ist es doch so, daß die Mittelparteien entgegen ihren ursprünglichen Versicherungen die Rechtssozialisten übers Ohr gehauen haben. Immerhin wird dadurch der rein bürgerliche, gegen die Arbeiterklasse gerichtete Charakter der Stegerwald-Regierung offenbar.

Das Ministerium soll aus zwei Demokraten, zwei Zentrumseuten und im übrigen aus Beamten gebildet werden. Die Besetzung der Ministerien dürfte die folgende sein:

Stegerwald, Präsidium und Postverwaltung;
Fischer, Handel;
Dr. am Jahnhoff, Justiz;
Schiffer, Inneres;
Seemisch (Präsident des Landesfinanzamts Cassel) Finanzen;
Ministerialdirektor Warmbold, Landwirtschaft;
Staatssekretär Dr. Becker, Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Das neue Kabinett wird sich in dem oben angedeuteten Falle am Freitag dem Landtag vorstellen.

Die Kritik an den Personen kann man sich im einzelnen ersparen. Das Entscheidende ist, daß diese Regierung eben auf die Unterstützung der Rechtsparteien ganz und gar angewiesen ist und danach ihre Politik einrichten muß. Die Rechtssozialisten kündigen gegen dieses Ministerium den schärfsten Kampf an und bezeichnen das Ministerium als das „Kabinett der gesamtbürgerlichen reaktionären Konzentration“.

Welche Taten dieser Ankündigung folgen werden, wollen wir abwarten. Jedenfalls bedeutet die Lösung der Regierungskrise in Preußen eine Verschärfung der innerpolitischen Situation. Die nächsten Folgen dürften sich im Reich geltend machen. Spricht doch der „Vorwärts“ bereits von der „sinneslerten und monarchistischen Reichsregierung“, derselben Regierung, die die Rechtssozialisten bisher unterstützt haben. Nun ist die Lage der Reichsregierung aus außenpolitischen Gründen eine sehr gefährdete. Aber erst wenn die außenpolitische Krise entschieden sein wird, wird im Zusammenhang damit die endgültige Entscheidung auch über die innerpolitische Gestaltung erfolgen.

Stegerwalds Erklärung

Im preussischen Landtag unterbrach nach 3 Uhr Präsident Reinert die Beratung der deutschnationalen Antiräte über die Zwangswirtschaft durch die Verkündung folgenden Schreibens des Ministerpräsidenten Stegerwald:

„Im Laufe der Verhandlungen über die Bildung des Staatsministeriums ist mir zur Kenntnis gekommen, daß ein Teil der bei der Wahl zum Ministerpräsidenten auf mich entfallenden Stimmen unter irriger Voraussetzung abgegeben ist. Da ich nicht gelassen bin, aus diesem Anlaß wegen vermeintlichen Mißbrauchs des in mich gesetzten Vertrauens Angriffe gegen meine persönliche Ehre auf mich zu ziehen, halte ich eine erneute Wahl des Ministerpräsidenten für notwendig. Ich lehne daher meine unter dem 4. April d. J. gegebene Annahmeerklärung hiermit zurück.“

Die Verkündung dieser Erklärung im ganzen Hause hervor und wurde mit Beifall auf der äußersten Rechten bejubelt. Die „Bewegung“ war natürlich nur gemacht. Die Rechtsparteien misamt dem Zentrum und den Demokraten wuchten ganz genau, wie hinter den Kulissen geschoben wurde und welchen Zwecken diese Schiebungen dienen sollten.

Maschinengewehrjustiz

Wie die Ausnahmegerichte arbeiten

Die Urteilsmaschinen der Obersten Ausnahmegerichte funktionieren tadellos. Am Donnerstag hatten sich in Halle mehrere Arbeiter zu verantworten, die von Bitterfeld aus zur Verstärkung nach dem Leunawerke geschickt worden waren. Sämtliche Angeklagten sind Mitglieder der R. V. D. Aus Unbilligkeit Unbefangenheit oder unter Zwang schlossen sie sich der Bewegung an. Es wurden Autos requiriert, mit denen nach dem Leunawerke Waffen gebracht wurden. Im Leunawerke wurde den Angeklagten die Sache malmig; sie bekamen daraufhin 8 R. Fahrgeld und begaben sich wieder zurück nach Bitterfeld. Die Strafen: Otto Vogel (18 Jahre alt) 1 Jahr Gefängnis, Wilhelm Vogel (20 Jahre alt) 1 Jahr 6 Monate Gefängnis, Siegelmeier (18 Jahre alt) 1 Jahr Gefängnis, Heintze (21 Jahre alt) 1 Jahr 7 Monate Gefängnis, Thämmer (19 Jahre alt) 1 Jahr Gefängnis, Kahn (31 Jahre alt) 2 Jahre 6 Monate Zuchthaus, Winkler (20 Jahre alt) 3 Monate Gefängnis. Die Angeklagten Hermann Bönede (Vater und Sohn), fanden vor dem Hauptquartier in Teutschenthal zwei Stunden Pöbeln mit einem MG-Gewehr. Strafen: Bönede (Vater) 1 Jahr Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust, Angeklagter Bönede (Sohn) 4 Monate Gefängnis.

Am Freitag sollte das Ausnahmegericht in Halle folgende Urteile: Der Arbeiter Max Bräunig (20 Jahre alt) wurde mit vorgehaltener Pistole gezwungen, sich an der „Aktion“ zu beteiligen. Er hat später sein Gewehr weggeworfen und ist entflohen. Strafe: 3 Monate Gefängnis. Der Angeklagte Lehmann (18 Jahre alt), wurde gezwungen, im Leunawerke zu bleiben und einen Kraftwagen mit 6-Millimeter-Mittelblech zu beschlagen, um ihn als „Panzerwagen“ zu verwenden. Strafe: 1 Jahr Gefängnis. Der Angeklagte Juchner (20 Jahre alt), geistig und körperlich zurückgeblieben, befand sich gerade auf der Waise und wurde bei Gräbern in die Rote Armee gepreßt. Strafe: 9 Monate Gefängnis. Der Helver Franz Wirski mußte den „Oberbeschützer“ Max Hölz als Gefährte bei seinen Raubzügen in Annenbors begleiten. Durch Rauben wurde bestätigt, daß der Angeklagte unter dem Zwang von Hölz stand. Strafe: 2 Jahre Gefängnis. Der Ruischer Otto Hermann hat Spaheschaber den „Adjutanten“ des Hölz, Herrn Joseph Schneider aus Giesleben, ein Stilk Weges begleitet, und zwar auf einer Wagenfahrt. Somit war dem Angeklagten, der erst 17 Jahre alt ist, nichts nachzuweisen. Strafe: 9 Monate Gefängnis.

Am Montag hat das Ausnahmegericht in Halle den lokalen Leiter der R. V. D. in Sangerhausen, Paul Andras, zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er soll eine Liste der „Roten Armee“ geführt haben. Der kommunistische Gemeindeführer aus Hamburg, Otto Schmarke, hat einen revolutionären Aufruf unterzeichnet, worin eine hochverräterische Handlung erbildet wurde. Strafe: 1 Jahr 9 Monate Zuchthaus, 5 Jahre Ehrverlust.

Der 20-jährige Max Dietrich aus Leipzig war nach dem Leunawerke gefahren, um sich als Sanitäter zu betätigen. Strafe: 10 Monate Gefängnis. Der kommunistische Arbeiter Paul Schmidt hat ein Militärgelehrtes gefunden und mit nach Hause genommen. Strafe: 6 Monate Gefängnis. Der Gelehrter Wille Suter aus Annenbors wurde zwangsweise in die „Rote Armee“ eingereiht, er schliefte nach einigen Stunden, ohne an einer Kampfhandlung beteiligt gewesen zu sein. Strafe: 6 Monate Gefängnis. Einige Arbeiterkameraden aus Bitterfeld waren gleichfalls nach dem Leunawerke gegangen, um dort verwundeten Hilfe zu leisten. Sie lehrten sofort wieder um, als sie sahen, was im Leunawerke los war. Der Staatsanwalt beantragte gegen diese Angeklagten Zuchthaus. Das Gericht erkannte aber auf Freispruch.

Das Ausnahmegericht in Nordhausen hat am Donnerstag gegen 13 Arbeiter Strafen von insgesamt 18 Jahren Gefängnis verhängt. Die Angeklagten stehen im Alter von 16 bis 20 Jahren. Sie wurden durch die „allgemeine Wehrpflicht“ zum Wehrdienst gezwungen. Einige wollten zur Wehr gehen, wurden daran verhindert und bekamen eine Waffe in die Hand. Das ist der Tatbestand, der dem Ausnahmegericht gemeldet, die jungen Leute auf längere Zeit in die Gefängnisse zu werfen.

Auch in Dresden ist eine Ausnahmegericht eingesetzt worden, und zwar auf Befehl der Reichsregierung. Am Sonnabend wurden vor diesem Gericht drei Angeklagte zu je 6 Monate Gefängnis und 3 Jahren Ehrverlust verurteilt. Die Angeklagten hatten Flugblätter verbreitet, in denen „zur Tat“ aufgerufen wurde.

Der 19-jährige Arbeiter Paul Schulte hat am 21. März eine Sprengladung nach Kuerbau im Postland gebracht und ist dabei verhaftet worden. Im Postlande fanden zu jener Zeit mehrere Dynamitattentatsfälle statt. Der Verhaftete hatte 17 1/2 Pfund Sprengstoff bei sich. Sein Begleiter hatte die Nacht erwischt und auf den Polizeibeamten geschossen, jedoch hatte die Kugel ihr Ziel verfehlt. Als Zeuge war der Betonarbeiter Karl Schulz vorgeführt worden, der das Attentat auf das Dresdener Landgericht und die Ratunde in der Hofenbarstraße in Charlottenburg verübte und in Mithras bereits zu einer hohen Zuchthausstrafe verurteilt wurde. Schulz sagte erneut aus, daß alle Sprengattentatsfälle nicht organisiert worden seien. Ein Null habe die Ladungen zusammengestellt. Die Auspöbe sei in Charlottenburg erfolgt. Von dort aus wurden fünf Mann mit ihm zunächst nach verschiedenen Städten Sachsen abgeholt. Schulz gab zu, daß er mit dem Angeklagten Schulte in der Wohnung in Charlottenburg zusammengekommen sei. Das Gericht verurteilte Schulte wegen Verbrechens gegen das Donemittelschuld an acht Jahren Zuchthaus, zehn Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die harten Urteile, besonders die, die gegen die Jugendlichen verhängt worden sind, machen die Beteiligung der Ausnahmegerichte zu einer geistlichen Notwendigkeit. Das Leben dieser jungen Menschen wird einfach vernichtet, wenn sie, ohne eine nachweisbar kraftbare Handlung begangen zu haben, auf Monate und Jahre ins Gefängnis geworfen werden.

Die befangenen Richter

Aus Braunschweig wird uns geschrieben: Die Regierung hatte in ihrem dem Landtag vorgelegten Programm gesagt, daß sie die Beseitigung der Klassenjustiz anstreben werde. Vier volle Monate gingen ins Land. Da sollte eine Hege der reaktionären Kreise gegen das Ministerium ein, und nun kam auch der Braunschweigische Richterverein und verwahrte sich in einer Eingabe, die er zugleich abschrittlich den bürgerlichen Zeitungen jugendlich ließ, gegen die „haltlose Verdächtigung“ der Klassenjustiz. „Haltlose Verdächtigungen“, wer muß da nicht lachen! Wir erinnern daran, in wieweit klarer, leider nur zu sehr begründeten Weise die „Klassenjustiz“ von mehreren — selbst bürgerlichen — Abgeordneten in der Landesversammlung gezeichnet wurde.

Das staatliche Prestige gab im Auftrage der Regierung auf die Eingabe des Richtervereins öffentlich eine entsprechende Antwort. Diese wurde von den bürgerlichen „Neuesten Nachrichten“ mit einem Nachwort versehen, in dem — wie in der bürgerlichen Presse üblich — die Regierung in der niederträchtigen Weise angegriffen wurde. Man wies ihr Demagogie, Verleumdung und nichtswürdige Gerablung des Richterstandes vor. Wegen dieser unerhörten Beschuldigung stellte die Regierung Strafantrag. Die Staatsanwaltschaft erhob auch Anklage und landte die Urteile zur Abgabe eines Eröffnungsbefehles an die

2. Strafkammer. Wieder vergingen Monate, auf eine Anfrage der Regierung über den Stand des Verfahrens kam dann schließlich die Auskunft, das Landgericht habe sich für befangen erklärt und das Oberlandesgericht habe diesen Standpunkt gebilligt.

Also befangen ist das Landgericht. Vielleicht deshalb, weil die Herren selbst fühlen, daß der Vorwurf der Klassenjustiz begründet ist? Oder fühlen sie sich als Mitglieder des Richtervereins mitverantwortlich für die Auslassungen des Vorstandes? Dann müssen sie allerdings einen Mann bedenken, der in daselbe Horn geblasen hat, freilich in größerer und plumperer Form. Aber auch eine andere Annahme drängt sich auf. Nach dem Gesetz mußte Verurteilung wegen verleumdlicher Beleidigung erfolgen. Sollte das verhindert werden? Die Staatsanwaltschaft hat die Akten dem Reichsgericht zur Bestimmung eines anderen Gerichtes vorgelegt. Warten wir's ab, ob sie nicht dort in irgendeiner Schrankenrede verschimmeln. Wieder sind Monate vergangen, aber über einen Fortgang der Sache verlautet noch nichts. Man vergleiche, in wieweit einem großen Gegensatz zu diesem Schlenkerian das Wüten der Ausnahmegerichte gegen die Arbeiterschaft steht.

Paul Levi in Frankfurt a. M.

Drahtmeldung unseres Korrespondenten Frankfurt a. M., 20. April.

Wie das „Frankfurter Volksrecht“ erzählt, hat dieser Tage Paul Levi in einer Sitzung der Parteileitung der R. V. D. Groß-Frankfurt heftige Angriffe gegen die Zentrale gerichtet. Da Levi von der Zentrale der R. V. D. aus der Partei ausgeschlossen ist, bedeutet sein Auftreten in Frankfurt eine Mißachtung der Beschlüsse der obersten Parteibehörde. Weitere Ausschüsse müssen also die Folge sein.

Vor dem hiesigen Schöffengericht fand gestern eine Verhandlung Levis gegen die „Volksstimme“ wegen Beleidigung statt. Es handelte sich um den Vorwurf, daß Levi Medizinikalien verschoben habe, der zuerst in einem Blatte in Hechingen in Hohenzollern erhoben worden war. Der Redakteur des hiesigen Blattes ist deswegen zu 1000 M. Geldstrafe verurteilt worden. Vor dieser Verurteilung hatte der Staatsanwalt die Erhebung einer öffentlichen Anklage gegen den Redakteur zunächst abgelehnt und den Spieß umgedreht, indem er seinerseits die Aushebung der Immunität Levis und die Einleitung eines Strafverfahrens gegen ihn beantragte. Auf Grund der Reichstagsverhandlungen über diesen Antrag machte dann die Frankfurter „Volksstimme“ erneut den Vorwurf, daß Levi Medizinikalien verschoben habe und das Hechingen Blatt druckte diese Notiz erneut ab.

Mit der „Volksstimme“ hatte sich Levi vor dem Schiedsman geeinigt, aber die „Volksstimme“ hielt den Vergleich nicht genau ein. Bei der gestrigen Verhandlung war der beklagte Redakteur der „Volksstimme“, Klug, nicht erschienen, weswegen Verführungsbeleidigung gegen ihn erlassen wurde.

Justizaktion gegen Rasparek

Zu den wenigen Landräten in Preußen, die der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei angehören, zählt Gen. Rasparek. Das heißt, er ist nur kommunistischer Landrat des Kreises Sangerhausen, da der preussische Minister Seoding sich in über zehn Monaten noch nicht entschließen konnte, ihn als Landrat zu bestätigen. Von Anfang an hegte der hochheulende Grundadel des Kreises gegen Rasparek in der gemeinsamen Form, weil er durch ihn keine agrarischen Sonderinteressen bedroht sah. Aber damit war es nicht genug. Als Gen. Rasparek im preussischen Wahlkampf von dem, jedem anderen Staatsbürger gewährtesten Recht Gebrauch machte und für die U. S. V. D. Wahlreden hielt, veröffentlichten die reaktionären Blätter erlogene Verleumdungsberichte und denunzierten Rasparek als „Mißbrauch des Amtes“, weil er amtlich die Dorfschulen angewiesen habe, Wählerverleumdungen für ihn vorzubereiten. Verleumdungen lehnten die Blätter ab, weshalb Rasparek die Hilfe des zukünftigen Staatsanwalts in Nordhausen in Anspruch nahm, ein Antrag, dem sich der Oberpräsident von Amtsanwaltschaftswegen angeschlossen. Aber der Staatsanwalt ließ sich Zeit. Bis zum 6. April war der Antragsteller noch nicht vernommen, und auf ein Erlauchen Raspareks um Beschleunigung kam die Antwort, es seien weitere Ermittlungen nötig.

Biel schneller aber arbeitete der Staatsanwalt des Sonderkreises in Nordhausen in einer anderen Sache, die gegen Rasparek ausgeschaltet werden sollte. Bei dem Kommunistenpöbel in Mitteldeutschland hatte die in Sangerhausen erscheinende „Kraftwörter-Zeitung“ einen Artikel des Inhalts gebracht, Rasparek habe am 6. Februar 1921 in einer Wählerversammlung in Bornstedt erklärt: „Auch wenn Ort liegt in der Kampzone. Wenn die Weichen blühen, werden auch hier die Maschinengewehre knallen und die Geschosse brüllen“. Rasparek habe also „hohn stehen lassen“ und die kommunistischen Häupter in den Kreise Sangerhausen angeflüchtelt.

Diesen niederträchtigen Schmähel benutzte der Staatsanwalt beim Sondergericht, um gegen Gen. Rasparek ein Ermittlungsverfahren wegen Teilnahme an hochverräterischen Unternehmungen beim Aufbruch einzuleiten, und durch einen Gerichtsassessor und zwei Stadtpolizisten in den Amtsinnen und der Privatwohnung Raspareks und durch eine Leibesvisitation nach Material suchen zu lassen. Nach dem „Beweismaterial“ für das Verbrechen gestand, antwortete der Gerichtsassessor: „Beweismaterial sind die in der Sangerhäuser Presse erhobenen Angriffe und die Beziehungen zu dem Kommunistenführer Frank“. Das war der Gesichtspunkt der niederträchtigen Hege der Junker und ihrer Kreuze. Die Häufung in den Amtsinnen mußte zwar auf Weisung des telephonisch verständigten Oberpräsidenten unterbleiben, aber in der Privatwohnung wurde durchsucht und — nichts gefunden.

Die Untersuchung gegen Rasparek ist noch nicht abgeschlossen. Sie wird natürlich ergebnislos verlaufen. Nicht aber fernstehend für die Verhältnisse, die heute noch in Preußen herrschen.

Das Grundschulgesetz

Der preussische Kultusminister Daenisch hat einen neuen Entwurf zur beschleunigten Durchführung des Grundschulgesetzes vom 28. April 1920 ergehen lassen. Danach wird der Abbau der Volksschulen von Ostern 1921 ab regelmäßig und ohne Unterbrechung erfolgen, so daß mit dem Beginn des Schuljahres 1924 die öffentlichen Volksschulen in Preußen völlig verschwunden sein werden. Für den Abbau der Unterklassen an den Privatschulen gelten grundsätzlich die gleichen Bestimmungen. Doch kann beim Vorliegen besonderer örtlicher Verhältnisse und wenn dadurch wirtschaftliche Schwierigkeiten für die Inhaber dieser Schulen oder deren Lehrkräfte entstehen, der Abbau nach dem Wortlaut des Gesetzes bis spätestens zum Beginn des Schuljahres 1929 hinausgeschoben werden. Die Schulaufsichtsbehörden sind jedoch ausdrücklich angewiesen, Jahr um Jahr die Verhältnisse zu prüfen, ehe sie die Fortführung dieser Klassen genehmigen.

Die bestehenden Klassen haben also noch eine Reihe von Jahren die Möglichkeit, ihre Kinder in der ersten Schulkategorie von der Grundschule fernzuhalten. Die Klassenführung im Schulwesen bleibt trotz der einheitlichen Grundschule bestehen. Die höheren Lehranstalten sind für die bestehenden Klassen reserviert, die ausbleibende Bevölkerung muß sich mit der Volksschule begnügen, wenn auch die Möglichkeit ihrer Kinder nach je sehr nach einer besseren Ausbildung hängt.

Die englische Bergarbeiterkrise

STB. London, 20. April. Die Bergwerksbesitzer haben sich bereit erklärt, dem Wunsch der Bergarbeiter nach Einführung einer nationalen Lohnregelung stattzugeben. Ferner wurde ein Abkommen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften geschlossen, wonach die Löhne am 1. Mai um drei Schillinge wöchentlich herabgesetzt werden und am 31. Mai um drei weitere Schillinge. Die liberale bürgerliche Presse bringt verschiedene Entwürfe der Bergarbeitergewerkschaft auf Behauptungen des Grubenbesitzerverbandes. Darin wird u. a. gesagt, daß am 1. April der Lebensunterhalt 133 Prozent teurer war als vor dem Kriege und die Löhne nicht entsprechend hoch waren. Ferner wird erklärt, daß die von den Besitzern angeführten Beispiele sich immer nur auf 400 000, aber nicht auf die Durchschnittslöhne von etwa decimal sozial Arbeitern bezogen.

Lenin für den Staatskapitalismus

Die Petersburger „Pravda“ veröffentlicht den Anfang einer Rede die Lenin auf der Moskauer Konferenz der kommunistischen Parteimitglieder gehalten hat. In dieser Rede erläutert Lenin, „aus welchem Grunde die Zulassung des Freihandels und die Heranziehung des ausländischen Kapitals in bestimmten Grenzen zu dulden sei. Die Ursache der neuen Maßnahmen der Sowjetregierung sei nicht eine Veränderung in ihrer Politik, sondern die äußerste Not und die Notlage, in die man geraten sei. Die Krise der Bauernwirtschaften habe sich als erster erwiesen, als angenommen werden war. Die Naturalsteuer enthalte einen Teil des Lebens, das bisher durch die Zwangsablieferung vermittelt wurde; die Naturalsteuer würde ebenfalls unzulässiglich Borräte für die Rote Armee und für die Hebung der industriellen Produktion erfassen. Es sei freilich noch ungewiß, ob es gelingen werde, die Naturalsteuer sofort richtig zu organisieren.“

Lenin führte ferner aus: Der Freihandel werde einen Staatskapitalismus zeitigen. Die Desorganisation, Holzmittel- und Kohlenstoffmangel und die Zerrüttung des Transportwesens hätten dazu geführt, daß gleichzeitig mit dem Sozialismus noch die Kleinindustrie sich in Sowjetrußland erhalten habe. Unter diesen Umständen würde der Staatskapitalismus eine Zusammenfassung der Kleinindustrie bedeuten. Die Kommunisten brauchten die Entwicklung des Staatskapitalismus nicht zu fürchten, da sie selbst ihr bestimmte Grenzen setzen könnten. Der Kapitalismus unter der Kontrolle eines Staates, in welchem das Proletariat die ganze Macht in Händen hätte, widerspreche nicht der Idee des Kommunismus (1).

Das Bemühen Lenins, den jetzt notgedrungen sanktionierten Staatskapitalismus mit dem Kommunismus in Einklang zu bringen, ist charakteristisch für die innere Unsicherheit der Sowjet-Regierung gegenüber ihren eigenen Anhängern, die mit tönenenden Worten über die harte Wirklichkeit hinwegtäuscht werden. Die Wirklichkeit selbst verliert in Sowjetrußland mit jedem Tage ihren äußerlichen „kommunistischen“ Anstrich und entpuppt sich als das, was sie ihrer ökonomischen Entwicklungshöhe nach auch unter der Sowjet Herrschaft immer war — als die Wirklichkeit eines kleinbürgerlich-bäuerlichen Landes, das nach den verheerenden Experimenten der Volkswirtschaft auf dem durch die Agrarrevolution befreiten Boden einen neuen Kapitalismus aufrichtet.

Jeder Versuch einer anderen Darstellung bedeutet einen Betrug am russischen Proletariat und eine Irreführung der proletarischen Internationale.

Gärung unter den Sowjetbeamten

Wie der Berichterstatter des „Ost-Express“ aus Petersburg erzählt, ist dort eine Bewegung unter den zahlreichen in den Sowjetbehörden beschäftigten Intellektuellen im Gange. Den Anstoß für die Gärung unter den Zehntausenden von Sowjetangestellten bildet die auf Drängen der Arbeiter erlassene Verfügung der Sowjetregierung, wonach den Sowjetangestellten ihre Sonderrenten und ihre früheren Privilegien entzogen werden; auch die finanzielle Lage der Sowjetbeamten bietet zur Unzufriedenheit Anlaß.

Diese Nachrichten finden in den Sowjetzeitungen ihre Bestätigung. Die Petersburger „Krasnaja Gazeta“ griff schon am 7. d. M. in einem Leitartikel die „ehemaligen Anarchie des Bourgeois“ heftig an, die die nun aus ihren Schlafpunkten gestochen seien und gegen die Regierung gelerteten; sie fordern, wie das Blatt bemerkt, Gleichberechtigung mit den Kommunisten, die Zulassung einer parteilosen Presse, auf gerechter Grundlage gewählte Sowjets, machen sich die Erschließung der Massen zunutze und warten auf den glücklichen Augenblick. Das Blatt gibt der Regierung an diesen Zuständen schuld, weil sie den Sowjetapparat so habe angeschlossen lassen.

Aus dem allerchristlichsten Lande Selbstmordepidemie in Budapest

Die im gegenwärtigen Ungarn bestehenden politischen und sozialen Verhältnisse sind in jeder Beziehung als total zerstört zu bezeichnen. Was die kurze Episode der Käterepublik nicht fertig gemacht hat, das vollendet die christlich-nationalistische Reaktion, die seit 1 1/2 Jahren das Land in Grund und Boden gemiserachtet hat. Ganz besonders die Arbeiterklasse in Ungarn befindet sich in einem Zustand völliger Verzweiflung. Es ist ihr unmöglich gemacht, ihre wirtschaftlichen und politischen Rechte wahrzunehmen. Die Bankrotspolitik des christlich-nationalen Kurses vernichtet die Erwerbsquellen des Landes. Die Arbeiter und ganz besonders die zahlreichen Arbeitslosen sind ihrem Schicksal überlassen. Keine Arbeitslosenunterstützung, die Gewerkschaften ausgeraubt, ungeheure Teuerung, so stirbt das ungarische Proletariat dahin.

Es ist deshalb kaum zu verwundern, wenn der Chef der amerikanischen Roten-Kreuz-Mission in Ungarn, Kapitän Padra, in seinem Bericht über das Elend in Budapest feststellt, daß im Monat März allein in Budapest 1200 Selbstmorde aus Hunger und Not verübt worden seien. 1200 Menschen freiwillig aus dem Leben geschieden, aus Mangel an den notwendigsten Lebensbedürfnissen! Dieser ionisame Untergang der ungarischen Arbeiterklasse ist so ungeheuerlich, daß dagegen fast die übrigen Schandtatzen des christlichen Terrors verblasen.

Englische Handels- und Schiffbaukrise

Dem Londoner Blatt „Evening News“ zufolge liegen infolge des Niederganges im Handel 800 bis 900 englische Schiffe mit einer Wasserverdrängung von zwei Millionen Tonnen unzulässig in ihren Häfen. Ein 4000 Tonnen-Schiff, das im Jahre 1920 90 000 Pfund geboten wurden (ein Preis, der damals abgelehnt wurde), wurde vor kurzem für 10 000 Pfund verkauft. Ein normales deutsches, im Jahre 1914 geantes Schiff, erzielte 1000 Pfund Sterling, das bedeutet 6 Schilling pro Tonne. In der Schiffbauindustrie hat etwa 26 000, in der Maschinenindustrie etwa 170 000 Arbeiter verwerbslos. Das Lager für Holzmasse ist je unzulässig.

Groß-Berlin

Zeichen der Zeit

Ein Berliner Kajalett. Kranke, Verflümmelte, Blinde Stiehe; ein Lotos: Opfer der „glorreichen Zeit“... Ein Tag später: der 19. April 1921, Beisetzungsfeier in Potsdam...

Eine Frage an Herrn Polizeipräsidenten Richter

Die Schutzpolizisten, die in der Alexanderfahne am Kupfergraben liegen, laufen auch heute noch mit dem Trauerflor am Arm herum, und zwar auch solche, die den Lichal tragen...

Der Aufbau der Bezirksämter

Der Aufbau der Bezirksämter geht langsam vor sich. Soweit es sich um die Verwaltungsbürokratie außerhalb des engeren Berlins handelt, sind hier alle Einrichtungen vorhanden...

maßnahmen im jetzigen Augenblick nicht berücksichtigt werden können.

Neue Gebührenordnung für Hebammen

Mit Zustimmung des Magistrats von Berlin hat der Postpräsident für den Umfang der neuen Stadtgemeinde Berlin eine neue Gebührenordnung festgelegt... Die niedrigsten Sätze für Hebammen gelangen zur Anwendung...

Die Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft

Die Forderungen der Berliner Arbeiter und Angestellten zur städtischen Siedlungs- und Wohnungspolitik haben sich zu einem wohlüberlegten Antrag der beiden sozialistischen Parteien an die Stadtverordnetenversammlung verdichtet... Die Neuköllner Stadtbau-Gesellschaft G. m. b. H. hat jetzt ihren Sitz...

städtischen Arbeiten an Privatunternehmer zu geben, wenn ein eigener Leistungs- und auskömmlicher Betrieb vorhanden ist. In einigen Wochen schrumpft die vorhandene Arbeit zusammen...

Ein Kartoffelgroßmarkt in Berlin

Nach der Freigabe der Kartoffelbewirtschaftung haben die Bestrebungen auf Errichtung eines Kartoffelgroßmarktes in Berlin Erfolg gehabt. Der Kartoffelhandel hat für Berlin eine zunehmende Bedeutung gewonnen...

Bezirksverband Berlin-Brandenburg. Der Kursus des Genossen Seger für Referenten und Funktionäre findet am Freitag, den 22. April, abends 8 1/2 Uhr, in der Arbeiter-Bildungsschule...

Arbeiter-Bildungsschule U.S.V.D. Der Kursus des Genossen Schwaneke: Erörterung praktischer Schul- und Erziehungsfragen vom politischen Standpunkt aus wird am Sonntag...

Am Vorabend des Maifestes, Sonnabend, den 20. April, abends 7 Uhr, findet in der Stadthalle, Klosterstraße, eine revolutionäre künstlerische Feier statt...

124 000 M. hat der Magistrat Berlin als Entschädigung für die bei dem Erhaltungsaufhalt und den Ferienpielen 1920 beschlagnahmten Spielzeuge usw., soweit sie nicht festangestellte Lehrer und Lehrerinnen sind...

Die Berliner Straßenbahn teilt mit: Gleisbauarbeiten in der Blücherstraße machen es erforderlich, vom 21. d. M. ab die Linie 43 in beiden Richtungen durch die Belle-Alliance- und Gleisbaustraße umzuleiten.

Schwankung der Lebensmittelpreise. Die Waren- und Lebensmittelpreise sind im Sinken begriffen. Die Preise für Vieh, die sonst im Frühjahr stets gestiegen sind, fallen infolge großen Auftriebs...

Hundert Prozent Die Geschichte eines Patrioten

Nun geht es noch, Mc Cormick für den folgenden Morgen zu einem Stellweiden zu bekommen. Nell hatte auf einen Zettel folgende Worte mit der Maschine geschrieben: „Mac: Komme um acht Uhr morgens auf Zimmer 16 in den Ateliers. Sehr wichtig. Unser Plan ist fertig, mein Teil ist getan. Joe.“

nicht ihre Spur verlieren, sonst könnte ein Verbrechen begangen werden, ehe man einzuschreiten vermöchte.

Nell betonte besonders, Peter dürfe bloß einen Augenblick Zeit haben, wenn er Mc Givney telefoniere, dürfe sich nicht ausfragen lassen, keine Antworten geben. Er müsse den Anschein bebender Erregung erwecken; dies deutete Peter leicht. Er probierte die Szene mit Nell, jedes Wort, das er sagen mußte...

Peter hing den Hörer zurück; er war derart aufgeregt über die Rolle, die er spielte, daß er aus der Apotheke hinausjührte, als müsse er wirklich J. W. W. Verschwörer einholen...

Draußen fand er Nell, und sie schritten zusammen weiter. In einem kleinen Park setzten sie sich auf eine Bank, weil Peters Beine ihn nicht mehr tragen wollten. Nell machte eine Runde, um zu sehen, ob niemand in der Nähe sei, kehrte dann zur Bank zurück und probierte die nächste Szene mit Peter. Diese müssen sie ganz besonders sorgfältig vorbereiten, denn nun kommt der Teil, bei dem Nell nicht zugegen sein kann...

Das neue Organisationsstatut

Die am Sonntag in den Musker-Sälen tagende Bezirksgeneralversammlung des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg hat in etwa fünfstündiger Beratung das neue Organisationsstatut in folgender Fassung beschlossen:

Organisationsstatut des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg U. S. F. D.

Die Organisation führt den Namen Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. F. D. und setzt sich zusammen aus der Stadtgemeinde Berlin, sowie den Regierungsbezirken Potsdam und Frankfurt a. O. Die Verwaltung wird einheitlich von Berlin aus geregelt. Die Bezirke werden in Distrikte geteilt. In der Stadtgemeinde Berlin sind die Distrikte in den Rahmen der Verwaltungsbezirke einzugliedern. Die Distrikte werden nach ihrem amtlichen Verwaltungsbezirk benannt und außerdem mit fortlaufenden Nummern versehen. In der Provinz ist bei der Bildung von Distrikten auf die Landreise Bezug zu nehmen.

Der Aufbau der Organisation

Gruppe: Die kleinste organisatorische Einheit bildet die Gruppe. In Zusammenkünften (Zählenden) nehmen die Mitglieder zu den politischen Tagesfragen und zu den Organisationsangelegenheiten Stellung. Sie wählen den Gruppenführer und dessen Stellvertreter. Beide sind für die Führung der Geschäfte verantwortlich.

Zum Aufbau und Ausbau der Organisation sind in den Gruppen Agitationskommissionen zu bilden.

Abteilung bzw. Ort. In der Stadtgemeinde Berlin werden mehrere Gruppen zu Abteilungen zusammengefaßt.

In der Provinz gelten die Orte als Abteilungen, jedoch können je nach den Verhältnissen mehrere zu einem gemeinsamen Ortsverein zusammengelegt werden.

Die Abteilung wählt sich nach Bedarf ihre Leitung selbst. Dieselbe besteht in der Stadtgemeinde Berlin in der Regel aus:

- 1. Abteilungsleiter,
- 1. Abteilungssekretär,
- 3. Beisitzer.

In den selbständigen Ortsvereinen wird dieser Vorstand noch durch 3. Revisoren verstärkt.

Distrikt. Die durch Zusammenfassung mehrerer Abteilungen bzw. Ortsorganisationen entstehenden Distrikte wählen sich zur Wahrnehmung ihrer Geschäfte in den Distriktgeneralversammlungen ihren Vorstand. Derselbe besteht in der Regel aus:

- 2. Vorsitzenden,
- 2. Kassieren,
- 2. Schriftführern,
- den Abteilungsleitern,
- den Revisoren (Beisitzern), je

1. Obmann der kommunalen Kommission, Agitationskommission, Bildungscommission, Frauenkommission, Kinderschulkommission, Zeitungscommission, je

- 1. Vertreter der Jugendlichen und Elternbeiträge und
- 1. Mitglied der Preßkommission,

sowie den Mitgliedern des Zentralvorstandes, die im Distrikt wohnen.

Distriktskonferenz. Jeden Monat findet mindestens eine Distriktskonferenz statt.

An der Distriktskonferenz haben teilzunehmen:

- der Vorstand der Distrikte,
- die Abteilungsleiter,
- die Gruppenführer,
- die Obleute der Distriktskommissionen,
- die Mitglieder des Zentralvorstandes und
- die Abgeordneten, die im Distrikt wohnen.

Verbandsorganisation. Die Stadtgemeinde Berlin bildet mit ihren 20 Verwaltungsbezirken einen einheitlichen Bezirk. Die Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. O. werden nach Zweckmäßigkeit zusammengefaßt.

Der Vorstand des Bezirksverbandes besteht aus den Mitgliedern des Zentralvorstandes.

Der Zentralvorstand setzt sich zusammen aus:

- 2. Vorsitzenden, den Sekretären,
- 2. Revisoren,
- 1. Vertreter der Presse (Redaktion),
- 1. Vertreter der Geschäftsleitung der „Freiheit“,
- 1. Vertreter des Aufsichtsrates der „Freiheit“-Verlags-Gesellschaft,
- 1. Mitglied des Parteivorstandes,
- 1. Mitglied der Reichstagsfraktion,
- 1. Mitglied der Landtagsfraktion,
- 3. Vertreter der Stadtverordnetenfraktion,
- 1. Vertreter der Fraktion des Magistrats,
- 2. Vertreter der Gewerkschaften,
- 1. Vertreter der Betriebsrätezentrale,
- 1. Vertreter der Konsumvereine (Berlin),

- 3. Vertreter der Preßkommission,
- 1. Vertreter der Schiedskommission,
- 1. Vertreter der Beamtenchaft,
- 1. Vertreter der Elternbeiträge, je
- 2. Vertreter der Distriktsvorstände,
- 5. Vertreterinnen der Frauen,
- 1. Vertreterin der Frauenarbeitskommission,
- 1. Vertreter der kommunalen Kommission,
- 1. Vertreter der Verbands-Bildungskommission,
- 1. Vertreter der Agitationskommission,
- 1. Vertreter der Kinderschulkommission,
- 1. Vertreter der Jugendlichen,
- 1. Vertreter der Elternbeiträge,
- 1. Vertreter der Zeitungscommissionen.

Präsidium. Dasselbe besteht aus: 2. Vorsitzenden, den Sekretären, je

- 1. Vertreter der Parteioorganisationen der Regierungsbezirke Potsdam und Frankfurt a. O.,
- 6. Beisitzer (2 vom Distrikt, 1 der Arbeitskommission, 1 der Frauenkommission, 1 der Presse (Red. der „Freiheit“), 1 Obmann der Revisoren).

Preßkommission. Zur Kontrolle der prinzipiellen und taktischen Haltung der „Freiheit“ wählt die Parteioorganisation der Stadtgemeinde Berlin eine Preßkommission.

Die Einstellung und Entlassung von Redakteuren ist Sache der Preßkommission, die hierzu der Zustimmung des Aufsichtsrates und des Vorstandes der Verlagsgesellschaft „Freiheit“ bedarf.

Erfolgt hierbei keine Verständigung, so ist die Angelegenheit dem Zentralvorstand der Parteioorganisation des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg zu überweisen.

Die Mitglieder der Preßkommission dürfen nicht ständige Mitarbeiter der „Freiheit“ sein. Gelegentliche Mitarbeit ist gestattet.

Die Preßkommission besteht aus: je 1 Mitglied der Distrikte der Stadtgemeinde Berlin, sowie Nieder-Barnim-Nord und Ost. Die Wahl derselben findet in der Generalversammlung der Distrikte statt.

Die Schiedskommission besteht aus 3 Mitgliedern. Dieselbe hat alle Anträge auf Ausschluß aus der Partei zu prüfen. Nach Anhörung der Kommission entscheidet der Zentralvorstand. Gegen die Entscheidung des Zentralvorstandes steht dem Aussgeschlossenen die Berufung an die Generalversammlung zu.

Jede Kommission gibt sich im Rahmen ihrer Befugnisse ihre Geschäftsordnung selbst.

Generalversammlungen werden vom Zentralvorstand oder auf Antrag von einem Fünftel der angeschlossenen Distrikte einberufen. Anträge zu ordentlichen Verbandsgeneralversammlungen müssen 4 Wochen vorher der Geschäftsleitung des Bezirksverbandes eingereicht werden. Der Verbandsvorstand hat alle eingehenden Anträge nebst der Tagesordnung 3 Wochen vor der ordentlichen Verbandsgeneralversammlung den Distrikten mitzuteilen. In der Verbandsgeneralversammlung haben Sitz und Stimme:

Die Delegierten der Distrikte. Auf jeden Distrikt entfallen gemäß seiner Mitgliederzahl lokale Mandate, doch die Gesamtzahl der Delegierten 600 nicht übersteigt.

Mit beratender Stimme nehmen teil: der Zentralvorstand, die Mitglieder der zentralen Kommission, die Mitglieder des Reichs- und Landtages, die in Berlin und der Provinz Brandenburg gewählt sind.

Das Geschäftsjahr läuft vom 1. April bis 31. März. Halbjährlich findet eine Generalversammlung statt. Die Wahlen der Vorsitzenden, Revisoren, Sekretäre und der Schiedskommission erfolgen in der zu diesem Zwecke am Jahreschluss einzuberufenden Generalversammlung des Bezirksverbandes, in der auch der Geschäfts- und Kassendbericht erstattet wird. Als Funktionäre werden auf jederseitigen Widerruf gewählt:

Kassenverhältnisse. Der Mindestbeitrag beträgt:

- für weibliche Mitglieder pro Monat 1.— Mark,
- für männliche Mitglieder pro Monat 2.— Mark.

Der Beitrag für die Stadtgemeinde Berlin für männliche Mitglieder beträgt pro Monat 3.— Mark, alsdann Selbstbestimmung eines jeden Mitgliedes, wieviel es pro Monat zahlen will oder kann. Eintritt 1.— Mark, wofür jedem neuereitretenden Mitglied das Aktionsprogramm ausgehändigt wird.

Von den der Bezirksverbandesklasse entnommenen Beitragsmarken verbleiben 20 Prozent den Distriktskassen der Stadtgemeinde Berlin (20 Verwaltungsbezirke). In den ländlichen Distrikten stehen den Ortsgruppen 30 Prozent zur Verfügung. Hieron müssen den Distriktskassen mindestens 5 Prozent zur Agitation überwiesen werden. Die Abrechnung erfolgt monatlich.

Kassenprüfung. Die Revisoren haben die Pflicht, die Kasse mindestens einmal vierteljährlich zu prüfen. Nach Schluß des Geschäftsjahres findet eine Generalprüfung statt. Den Revisoren steht das Recht zu, jederzeit Einsicht in die Kassendbücher zu nehmen.

Publikationsorgane der Provinzorganisation sind: die „Freiheit“, die „Kämpferin“, der „Landbote“, die „Sozialistische Gemeinde“, das „Mittelungsblatt“, „Freier Volkswille“ Cottbus, die „Freiheit“ Regierungsbezirk Potsdam.

Der vorgeschrittenen Zeit wegen mußte ein Referat des Genossen Dr. Moses über die „Politische Lage“ von der Tagesordnung abgelehnt werden.

Fast einstimmig erklärte sich die Generalversammlung mit der Haltung der Partei während des Putzsches einverstanden. Ebenso wurde mit großer Mehrheit die Schreibweise der „Freiheit“ während des Putzsches gutgeheißen.

Wegen Stoffmangels mußte der Bericht über die Generalversammlung bisher zurückgestellt werden.

Die belgische Arbeiterpartei

Einem alten Herkommen entsprechend benutzte die belgische Arbeiterpartei auch dieses Jahr die Osterfesttage wieder zur Abhaltung ihres ordentlichen Jahreskongresses. Als Tagungsort war Antwerpen gewählt worden.

Die belgische Arbeiterpartei bildet neben den Rechtssozialisten das härteste Glied der zweiten Internationale und ist eine der wenigen Parteien, welche bisher von keiner Spaltung ergriffen worden ist. Die Entwicklung der Partei zeigt vielmehr einen gewaltigen Aufstieg, der durch die folgenden Zahlen veranschaulicht wird. Die Partei hatte Mitglieder: 1912: 253.609; 1913: 276.164; 1920: 419.492. Die Föderation von Antwerpen ist von 1919 auf 1920 von 12.000 auf 30.000, die von Courtrai in der gleichen Zeit von 3.500 auf 14.300 und die von Lüttich von 35.000 auf 91.000 Mitglieder gestiegen. Merkwürdigerweise hat die Parteipresse keine ähnlichen Fortschritte zu verzeichnen. Die beiden bedeutendsten Organe der Partei, der in Brüssel erscheinende „Peuple“ und der „Booruit“ mußten ihre Auflagenziffern sogar dem Vorjahre gegenüber noch herabsetzen.

Der Kongress der Partei selbst nahm einen in jeder Hinsicht ruhigen Verlauf. Gegensätze traten kaum hervor. Es sei denn in der Kritik, die Jacquemotte an der Politik der Partei, namentlich an der Haltung einiger Parlamentarier, übte. Jacquemotte warf der Parlamentariergruppe vor, für die neuen Kassen getrimmt und damit auch die Verantwortung an der Finanzlage mitübernommen zu haben. Außerdem verurteilte dieser Redner mit scharfen Worten, daß die Partei dem Friedensvertrag von Versailles zugestimmt und damit selbst die Voraussetzung für die Sanktionspolitik geschaffen habe, gegen deren Anwendung die Partei nun selbst sich auflehne.

Im Mittelpunkt des Kongresses stand zweifellos die Rede von Louis de Brochere. Er machte den deutschen Militarismus für den Krieg verantwortlich und übertrug einen Teil der Verantwortung auch auf das deutsche Volk, das sich durch blinde Unterwerfung unter die führenden militärisch gemacht habe. Brochere verlangte Bestrafung der Schuldigen und Entlassung Deutschlands, betont aber, daß dies nicht gegen den Willen, sondern nur mit Unterstützung des belgischen Proletariats erfolgen könne. Die von Deutschland in London gemachten Vorschläge bezeichnete Brochere als lächerlich, sprach sich aber mit Bestimmtheit sowohl gegen die Sanktionen wie gegen die beabsichtigte Erhebung einer Ausfuhrsteuer aus. Diese Maßnahmen würde sich nur gegen Belgien selbst kehren. Schließlich verlangte Brochere die sofortige Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Eine im Sinne dieses Referats vorgeschlagene Resolution gelangte mit allen gegen 3 Stimmen bei 5 Stimmenthaltungen zur Annahme.

Einen breiten Raum nahm auf dem Kongress ferner die Wirtschaftskrise ein, die sich auch in Belgien täglich weiter zuspitzt. Ferner beschäftigte sich der Kongress mit der Frage der Eisenbahnen und der militärischen Dienstpflicht. Hinsichtlich der militärischen Dienstpflicht wurde eine Resolution angenommen, die sich für die Verminderung der Dienstpflicht auf sechs Monate erklärte. Die Koalitionspolitik der belgischen Arbeiterpartei wurde auf diesem Kongress nicht berührt.

Deutschlands Papiergeldfabrik

Im Gegensatz zu manchen anderen Betriebszweigen herrscht in der deutschen Reichsdruckerei Hochbetrieb, namentlich in jener Abteilung, die den Druck von Papiergeld erledigt. Nicht weniger als 4000 Personen sind mit der Herstellung der Banknoten beschäftigt und die Menge Papier, die verbraucht wird, ist ganz gewaltig. Bei größeren Scheinen fällt das Gewicht je Schein nicht so sehr ins Gewicht — eine Million in Tausendmark-Scheinen wiegt etwa vier Pfund — aber bei den Millionen und Milliarden Papiergeld, die während der letzten Jahre an Kleineren bis zu den kleinsten Scheinen ausgegeben worden sind, kann man den ungeheuren Papierverbrauch der deutschen Notenpresse ermessen.

Verantwortlich für Politik und Redaktion: Leo Siedlitz, Berlin-Friedrichshagen. — Verantwortlich für Kommunalpolitik, Politik und Gewerkschaftliches: Gerhart Geiger, Berlin. — Verantwortlich für den Internationall: Ludwig Kaminer, Berlin. — Verantwortlich für den Internationall: Ludwig Kaminer, Berlin. — Druck der Berliner Druckerei G. m. b. H., Berlin 22, Postfach 114.

Großer Lebensmittel-Verkauf

Fische Leb. Hechte..... Pfund 10 ⁵⁰ Leb. Karpfen..... Pfund 12 ⁰⁰ Leb. Bleie..... Pfund 7 ⁰⁰ Leb. Plötzen..... Pfund 3 ⁵⁰ Kabliau kopflos, im ganzen Pfund 1 ⁶⁰ Seelachs kopflos, im ganzen Pfund 1 ³⁰ Kieler Bücklinge..... Pfund 4 ³⁰ Kappeln, Bücklinge Pfd. 6 ⁰⁰ Pomm. Flundern.. Pfund 4 ⁴⁰ Lachsheringe..... Stück 1 ⁴⁵ Gr. Salzheringe... Stück 35 Pfd. Bratheringe..... 4 Pfund-Dose 21 ⁰⁰ Bismardheringe... 4 Pfund-Dose 21 ⁰⁰ Rollmöpfe..... 4 Pfund-Dose 21 ⁰⁰ Geir. Kaninchen ohne Kopf und Füße Pfund 4 ⁰⁰	Wurst Rotwurst..... Pfund 11 ⁰⁰ Landleberwurst.. Pfund 12 ⁰⁰ Süzwurst..... Pfund 14 ⁰⁰ Fleischwurst..... Pfund 19 ⁰⁰ Grobe Melnwurst Pfd. 19 ⁰⁰ Hausm.-Leberwurst Pf. 20 ⁰⁰ Melnwurst nach Braunschweiger Art. Pfd. 22 ⁰⁰ Teewurst..... Pfund 25 ⁰⁰ Gemüse - Obst Rhabarber..... Pfund 50 Pfd. Spinat..... Pfund 65 Pfd. Salat..... Kopf 1 ²⁰ Radieschen..... Bund 40 Pfd. Apfelsinen... Stück von 50 Pfd. an Zitronen..... 3 Stück 95 Pfd. Walnüsse..... Pfund 4 ⁰⁰ Schalmandeln..... Pfund 7 ⁰⁰	Leipziger Str. e. Alexanderplatz Prima Ochsenfleisch Suppenfleisch garfrazz. Pfund 6 ⁷⁰ Schmorfleisch garfrazz. m. Knochen, Pfund 8 ⁰⁰ Roastbeef garfrazz. Pfund 8 ⁰⁰ Schweinefilet garfrazz. Pfund 8 ⁰⁰ Gehacktes garfrazz. Pfund 10 ⁰⁰ Kalbskamm frisch Pfd. 7 ⁵⁰ Kalbskeulen frisch Pfd. 9 ⁰⁰ Butterfett..... Pfund 10 ⁰⁰ Kokosfett in Tafeln.. Pfund 10 ⁰⁰ Margarine..... Pfund 7 ⁹⁰ Margarine feinste Qualität 1/2 Pfund-Packung ungeschlussen 5 ²⁵ Rindertalg ungeschlussen Pfund 7 ²⁵ Rückenspeck amerik. gesalzen Pfd. 7 ²⁵ Schmalz garantiert rein... Pfund 9 ⁷⁰	Kolonialwaren Gebrannter Kaffee Pfd. 19 ⁰⁰ Tafelreis..... Pfund 2 ⁴⁵ Vollreis..... Pfund 3 ⁰⁰ Weiße Bohnen.. Pfund 85 Pfd. Hafergrütze..... Pfund 2 ⁷⁵ Haferflocken..... Pfund 2 ⁴⁰ Kartoffelmehl..... Pfund 3 ²⁵ Bandnudeln..... Pfund 5 ⁸⁰ Konserven 2-Pfund-Dose Stangenspargel extra stark 14 ⁷⁵ Brechspargel extra stark.. 13 ⁰⁰ Junge Erbsen fein..... 10 ⁵⁰ Suppenerbsen..... 4 ⁸⁰ Apfelmus..... 3 ³⁵ Tomatenpüree..... 4 ⁵⁰	Käse Edamer Käse..... Pfund 19 ⁰⁰ Dän. Goudakäse Pfund 10 ⁵⁰ Harzer Käse..... Pfund 7 ⁸⁰ Landkäse..... Pfund 7 ⁴⁰ Tilsiter Käse..... Pfund 5 ⁷⁵ Puddingpulver Konsumpudding halbbund. Paket 90 Pfd. Griesspudding..... Paket 1 ²⁰ Puderpudding mit Kakao Paket 1 ⁵⁰ Alideutsch. Pudding Paket 1 ⁸⁰ Rote Grütze..... Paket 1 ⁸⁰ Söpenpulver mit Vanille-geschmack. Pak. 45 Pfd. Leberwurst 2-Pfund-Dose 3 ³⁰ 4-Pfund-Dose 7 ²⁵
---	---	---	--	---

HERMANN TIETZ

Nur Alexanderplatz:
 Efeu..... 3⁰⁰
 Wilder Wein..... 4⁷⁵ 5⁷⁵
 Rosenstämmchen..... 10⁰⁰ 12⁰⁰
 Rhabarberpfl. extra stark 1²⁰
 Stiefmütterchenpflanzen..... 60 Pfd.